

SPD demokratischer pressediens

P/XXIX/120

28. Juni 1974

Hoffnungen für Europa

Europäische Kommunalpolitiker forderten in Brügge
Aktivitäten

Von Dr. Hermann Schmitt-Vockenhausen MdB
Vizepräsident des Deutschen Bundestages und Vize-
präsident des Rates der Gemeinden Europas / Deutsche
Sektion

Seite 1 / 39 Zeilen

Gute Gespräche in Lissabon

Portugal den Weg nach Europa erleichtern

Von Hans-Jürgen Wischnewski MdB
Mitglied des SPD-Parteivorstandes und Parlama-
ntarischer Staatssekretär beim Bundesminister des
Auswärtigen

Seite 2 / 48 Zeilen

Basis für Verständnis und Vertrauen

Deutsch-polnische Sport- und Jugendbeziehungen
intensivieren

Von Manfred Wende MdB
Mitglied des Sportausschusses des Bundestages

Seite 3 / 39 Zeilen

Ein Interview geht zu Protest

Anmerkungen zu einer Fernsehsendung der ARD

Von Hugo Brandt MdB

Seite 4 / 41 Zeilen

"Kunst im Knast" - nicht in Koblenz

CDU-Oberbürgermeister desavouiert CDU/CSU-Fraktions-
chef Carstens

Seite 5 / 36 Zeilen

Chefredakteur: Dr. Erhard Eckert

5300 Bonn 12, Neussallee 2-10
Postfach: 120 408
Presseshaus I, Zimmer 217-224
Telefon: 22 80 37 - 38
Telefax: 08 66 848 - 48 ppbn d

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölner Straße 108-112, Telefon: 37 66 11

Hoffnungen für Europa

Europäische Kommunalpolitiker forderten in Brügge Aktivitäten

Von Dr. Hermann Schmitt-Vockenhausen MdB

Vizepräsident des Deutschen Bundestages und Vizepräsident
des Rates der Gemeinden Europas / Deutsche Sektion

Auch die Europäischen Kommunalpolitiker hatten im Herbst 1973 während der sogenannten Ölkrise mit Beatürzung feststellen müssen, daß diese Zeit auch für Europa eine Stunde der Wahrheit war. Den Europäern wurde ganz deutlich bewußt, wie wenig dieses Europa tatsächlich politisch handlungsfähig war und wie sehr die Gefahr besteht, daß bei einem Nachlassen des Druckes von außen die Einigung Europas nicht mehr vorangeht.

In Wien wollten die europäischen Kommunalpolitiker vom 8. bis 12. Mai auf dem XI. Europäischen Gemeindetag mahnend ihre Stimme erheben und die Regierungen vor der europäischen Öffentlichkeit an ihre Pflichten und Aufgaben erinnern, zumal sie sicher sein können, daß die Bürger in allen Ländern Europa wollen.

Durch den Tod des französischen Staatspräsidenten Pompidou und des österreichischen Bundespräsidenten Jonas sowie durch das Scheidungsreferendum in Italien mußte die Konferenz verlegt werden. Auf der dafür am 27. und 28. Juni in Brügge durchgeführten Delegiertenkonferenz des Rates der Gemeinden Europas, zu der auf deutscher Seite Bundestagsvizepräsident Dr. Schmitt-Vockenhausen, der Geschäftsführende Präsident der Deutschen Sektion der RGE, Hans Muntzke, Bürgermeister Dr. Kahn, Stuttgart, und Landrat a.D. Walter Muench erschienen waren, stellten die deutschen Delegierten für die deutschen Städte und Gemeinden folgende Forderungen heraus:

- Schnelle Schaffung von Grundlagen zur Stärkung des Europäischen Parlaments.
- Weitere Bemühungen, die darauf abzielen, ein solches Parlament mit wirklichen Befugnissen auch in direkter Wahl zu bestellen.
- Entschlossener Widerstand gegen alle Maßnahmen einzelner Mitglieder, die den erreichten Stand der Integration der EG gefährden bzw. zurückwerfen können.
- Schnelle Verabschiedung des Europäischen Regionalfonds.
- Enge Zusammenarbeit zwischen Europa und den USA.
- Weitere Forcierung von Partnerschaften zwischen den Städten und Gemeinden im RGE.
- Nachdrückliches Eintreten der Kommunen für das Europäische Denkmalschutzjahr 1975.

Alle Delegierten machten deutlich, daß die letzten Wochen neue Hoffnungen für Europa gebracht haben. Der Druck von unten dürfe aber nicht nachlassen, um die Einigung Europas voranzubringen und das Erreichte nicht zu gefährden.

(-28.6.1974/bgy/pr)

+ + +

Gute Gespräche in Lissabon

Portugal den Weg nach Europa erleichtern

Von Hans-Jürgen Wischnewski MdB

Mitglied des SPD-Parteivorstands und Parlamentarischer Staatssekretär

beim Bundesminister des Auswärtigen

Am Wochenende habe ich gute Gespräche in Lissabon mit dem Ministerpräsidenten, dem Außenminister und anderen Mitgliedern der Regierung führen können. Nach 47 Jahren Diktatur begann am 25. April 1974 in Portugal eine neue politische Ära. Das Regime Salazar/Caetano wurde durch eine Revolution der Streitkräfte mit Unterstützung weiter Teile der Bevölkerung ohne große Schwierigkeiten und ohne Blutvergießen entmachtet. Die Streitkräfte bildeten eine Übergangsregierung der nationalen Sammlung, in der alle politisch relevanten Gruppen vertreten sind. Zwar liegt die eigentliche politische Macht im Lande noch immer bei den Militärs, aber bis Ende Juni 1975 ist die Wahl einer verfassungsgebenden Versammlung, die Verabschiedung einer neuen parlamentarischen Verfassung und die Wahl einer Nationalversammlung vorgesehen.

In der inneren und äußeren Politik des Landes vollzieht sich eine stürmische, aber planmäßige Entwicklung. Die Dekolonialisierung, eine Lebensfrage für das neue Portugal, wird mit Nachdruck und Umsicht betrieben. Ebenso schreitet die Demokratisierung des öffentlichen Lebens voran. Im neuen und noch ungewohnten Klima der Freiheit haben sich zahlreiche politische Gruppen und Parteien gebildet. Es sind mit Sicherheit zu viele. Es hat im Augenblick den Anschein, als ob sich die politischen Kräfte vornehmlich in der Mitte und auf der Linken konzentrieren. Eine nennenswerte demokratisch-konservative Partei, deren Entstehen auch von den Parteien der linken Mitte begrüßt würde, hat sich noch nicht konstituiert.

Die Bundesregierung verfolgt die Vorgänge in Portugal mit sehr viel Sympathie. Darüber hinaus messen wir ihnen große Bedeutung für Europa und Afrika bei. Wir hoffen, daß die im Gang befindliche Entwicklung auch den wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt des Landes begünstigt und es ihm erlauben wird, seine Beziehungen mit der EG weiter zu entwickeln. Die neue portugiesische Regierung und insbesondere der Außenminister Mario Soares, treten für eine engere politische und wirtschaftliche Anlehnung des Landes an Europa ein. Für uns kann dies nur bedeuten, daß wir nicht abwartend beiseite stehen, sondern daß wir aus demokratischer Solidarität diese Bestrebungen fördern und unterstützen. Wir hoffen, daß diese Entwicklung langfristig zu einer vollen Teilnahme Portugals am europäischen Einigungswerk führen wird, und sind der Meinung, daß als erster Schritt auf diesem Wege eine flexible und ausbaufähige Assoziierung Portugals mit der EG vorbereitet werden sollte.

Im Übrigen ist es beruhigend zu wissen, daß Portugal weiter voll in der NATO integriert bleibt. Die neue portugiesische Regierung bekennt sich eindeutig zu der Notwendigkeit eines westlichen Verteidigungssystems, so lange es den Warschauer Pakt gibt. Der Ministerpräsident von Portugal, Adelino da Palma Carlos, und der Außenminister Portugals Mario Soares, haben die Deklaration von Brüssel voll inhaltlich mit unterschrieben. (-/28.6.1974/ks/pr)

+ + +

Basis für Verständnis und Vertrauen

Deutsch-polnische Sport- und Jugendbeziehungen intensivieren

Von Manfred Wende MdB

Mitglied des Sportausschusses des Bundestages

Mit hervorragenden Leistungen hat der polnische Sport bisher bei der Fußball-Weltmeisterschaft 1974 ein hohes Maß an positiver Resonanz in der Bundesrepublik Deutschland gefunden. Die polnischen Gäste loben ihrerseits die freundliche Aufnahme und die vielfältigen Gesten, die ihnen aus der deutschen Bevölkerung entgegengebracht werden.

In diesem Zusammenhang ergibt eine Überprüfung der deutsch-polnischen Sportbeziehungen eindeutig die Notwendigkeit einer spürbaren Intensivierung auf allen Ebenen. Vor allem der deutsch-polnische Vertrag und die Vereinbarungen im Bereich der Sportorganisationen bieten eine günstige Ausgangsbasis, damit auch der Jugendsport und der Vereinsbereich verstärkt in einen umfassenden deutsch-polnischen Sportaustausch einbezogen werden. Außerdem bietet sich eine engere Zusammenarbeit in der Sportwissenschaft und dem Sportstättenbau an. Durch gezielte sportpolitische Maßnahmen können der aktive Sportbetrieb und die Austauschprogramme zum gegenseitigen Nutzen forciert werden.

Nach der endgültigen Anerkennung der Zugehörigkeit der Sportorganisationen von Berlin (West) zum Deutschen Sportbund, den Sportfachverbänden und dem Nationalen Olympischen Komitee für Deutschland auch durch die DDR-Sportführung ist letztlich auch Polen von sogenannten Solidaritätsaktionen zugunsten der DDR in diesem Bereich befreit. Die SPD und die Bundesregierung haben wiederholt ihre Bereitschaft bekundet, Jugend und Sport zu einem dynamischen Faktor in den Beziehungen beider Länder zu machen.

Informationareisen nach Polen und Gespräche mit polnischen Verantwortlichen - auch während der Fußball-Weltmeisterschaft 1974 - bestätigen, daß vor allem in der jungen Generation Polens das Interesse, die Bundesrepublik Deutschland kennenzulernen, sehr groß ist. Jugend- und Sportveranstaltungen sind hierfür als Basis hervorragend geeignet. Im Gesamtrahmen der Jugend- und Sportbeziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den ost- und südosteuropäischen Ländern erhält die Zusammenarbeit mit Polen aus historischen und politischen Gründen einen besonderen Stellenwert.

(-/28.6.1974/bgy/pr)

+ + +

Ein Interview geht zu Protest

Anmerkungen zu einer Fernsehsendung der ARD

Von Hugo Brandt MdB

"Unter die größten Entdeckungen, auf die der menschliche Verstand in den neuesten Zeiten gefallen ist, gehört meiner Meinung nach wohl die Kunst, Bücher zu beurteilen, ohne sie gelesen zu haben." Georg Christoph Lichtenberg, der dies vor rund zwei Jahrhunderten in sein "Sudelbuch" schrieb, konnte nicht wissen, daß die damalige Entdeckung eine besondere Variante bekommen sollte: gegen eine Fernsehsendung zu protestieren, noch ehe man sie gesehen hat.

Das Gespräch Heinrich Bölls, den viele kennen, mit Gertrud Hamacher, die kaum jemand kennt, wurde von einer Kölner "Aktion Funk und Fernsehen" als Provokation empfunden, denn die 65jährige Frau Hamacher ist Kommunistin, und sie ist es seit einem Menschenalter. Das genügt bei uns zum Protest.

Dabei lohnte es sich für alle, zuzuhören den schwer tropfenden Erinnerungen aus einem deutschen Schicksal, 45 Minuten Erinnerung an Jugend, Arbeitslosigkeit, Verhaftung, Gefängnis, Emigration, Kurierdienste, Erinnerungen an Überzeugungen, die hochhielten, und immer wieder Verhaftung, Verhör, Gefängnis. Sie hat es überlebt, sie hat es ertragen und erträgt auch jetzt die Erinnerung. Aber die Angst ist geblieben. Sie schließt die Türen fest ab. Die Tür der Erinnerung öffnet sie nur einen Spalt. Böll klopft nur an, behutsam, rücksichtsvoll. Es ist kein Interview. Es ist ein Gespräch zwischen zwei Kölnern, es könnten auch zwei Berliner sein oder zwei Frankfurter. Ein Stück deutsche Geschichte, das unversehens zur Gegenwart wird. Das, was sie durchgebracht hat durch all die Jahre, ist für sie die Hilfe der Gleichgesinnten, und ihnen fühlt sie sich noch heute verbunden. Der Staat, in dem sie lebt, hat ihr die Rente verweigert, die er vielen gewährt, die verfolgt worden sind wie sie. Sie stellt es fest ohne Bitterkeit. Sie hat sich daran gewöhnt, denn alles, was kommunistisch ist, ist verdammenswert. Wie wenig Gelassenheit die Demokratie doch zeigt, die für streitbar hält, was nur kleinlich ist.

Man muß nicht einer Meinung sein mit Frau Hamacher, um ihr Respekt zu zollen, den sie verdient. Diejenigen, die protestiert haben, können aber beruhigt sein. Die Altkommunistin Hamacher hat keineswegs die Kölnerinnen repräsentiert, und nichts lag ihr ferner als das. Gertrud Hamacher hat nichts repräsentiert, noch nicht einmal die DKP. Sie repräsentierte und sie präsentierte nichts als Wirklichkeiten aus der Vergangenheit und Vergangenes, das immer noch Wirklichkeit ist. Dazu gehört auch ihr Kommunionserlebnis: alle Mädchen kamen in einem weißen Kleid, wie sich das gehört. Ihre Eltern konnten ihr nur ein blaues geben. Daran trägt sie noch heute.

Von Politik war in diesem Gespräch kaum die Rede, und dennoch war es ein politisches Gespräch. Eines zum Nachdenken, weil man in Deutschland die Nase eher rümpfen als putzen lernt, um es noch einmal mit Lichtenberg zu sagen.

(-/28.6.1974/ks/pr)

+ + +

"Kunst im Knast" - nicht in Koblenz

CDU-Oberbürgermeister desavouiert CDU/DSU-Fraktionschef Carstens

Darüber sind sich alle einig: der Strafvollzug in der Bundesrepublik Deutschland ist reformbedürftig. Und kein Zweifel besteht auch daran, daß für eine solche Reform noch manches Vorurteil überwunden werden muß. So war es eigentlich einleuchtend, daß das Bonner Justizministerium alle westdeutschen Strafgefangenen dazu aufrief, zu Palette und Pinsel zu greifen und ein Stück ihres Lebens, ein paar Eindrücke aus ihrer tristen Gefängniswelt auf die Leinwand zu bringen.

Erstaunlich die Resonanz: fast 2.500 Gefangene schickten ihre Werke nach Bonn. Und die 300 Bilder, die eine prominente Jury auswählte, bewirkten, was man erwartet hatte: sie erschütterten, rüttelten auf, lösten Diskussionen aus und machten klar, daß im deutschen Strafvollzug noch vieles im argen liegt. So war denn auch das Echo im bundesdeutschen Blätterwald durchweg positiv. Und auch die künstlerische Qualität der Arbeiten überraschte nicht zur Zufallsbesucher.

"Kunst im Knast", als Wanderausstellung konzipiert, konnte ihre Reise in acht westdeutsche Großstädte antreten. Die Koblenzer SPD-Stadtratsfraktion hatte sich in Bonn sehr zeitig um die Ausstellung bemüht und von dort auch eine Zusage erhalten. Bald wurde jedoch klar, daß Oberbürgermeister Willi Hörter (CDU) wenig Neigung zeigte, die Bonner Ausstellung in der Rhein-Mosel-Stadt zu zeigen. Als die SPD nicht locker ließ und auf einer Abstimmung bestand, machte die CDU sowohl im städtischen Kulturausschuß als auch im Stadtparlament von ihrer absoluten Mehrheit Gebrauch.

Sie lehnte die Ausstellung mit der Begründung ab, die erforderlichen 4.000 DM seien im Haushaltsplan nicht vorhanden. Der ordentliche Etat der "Großstadt mit Schwung", wie es auf städtischen Auto-Aufklebern heißt, beläuft sich immerhin auf runde 170 Millionen. So wird denn auch inoffiziell die Ausstellung mit Vokabeln wie "marxistische Spinnerei" und "Schweinkram" belegt.

In Koblenz, selbst Sitz einer Justizvollzugsanstalt, wird also die Ausstellung nicht zu sehen sein. Stattdessen zeigt man zur Zeit eine "Ausstellung zum 80. Geburtstag des Malers Alfred Kiehl". Wer aber demnächst nach New York kommt, wird die Ausstellung "Kunst im Knast" sehen können, die dort von den Vereinten Nationen veranstaltet werden soll. So ginge der Wunsch von CDU/DSU-Oppositionschef Carstens - "Ich wünsche der Ausstellung viel Erfolg" - doch noch in Erfüllung. Koblenz und Bonn trennen genau 58 Kilometer. Sind es wirklich nur Kilometer ?

Herbert Bermeitinger
(-/ 28.6.1974/ks/pr)

+ + +
Verantwortlich für den Inhalt: Claus Preller